

Wasser- und Abwasserzweckverband "Der Teltow"

Beschlussantrag		
<div style="display: flex; justify-content: space-around;"> X öffentlich </div> <div style="display: flex; justify-content: space-around;"> nichtöffentlich </div>		
Einreicher: Verbandsvorsteher	Datum: 13.08.2020	Drucksache Nr.: 25/2020

Beratungsfolge

Sitzungstermin

Verbandsvorstand

Verbandsversammlung

25.08.2020

Nachtrag zum Wirtschaftsplan 2020

Beschlussvorschlag:

Die Verbandsversammlung beschließt, den Wirtschaftsplan 2020 durch einen Nachtrag zu ändern und in den Investitionsplan Schmutzwasser die Maßnahme Projekt-Nr. 2200116 (neu P20-2300001) Erneuerung der Schmutzwasserleitungen u.a. Friedrich-Naumann-Straße, Bergstraße in Stahnsdorf mit einer Verpflichtungsermächtigung für das Jahr 2021 einzustellen.

Beratungsergebnis:

Gremium: Verbandsversammlung:				Sitzung am: 25.08.2020			TOP 4
einstimmig	mit Stimmenmehrheit	JA	NEIN	Enthaltung	ungültig	lt. Beschl. vorschlag	abweich. Beschluss
			
Leiter der Sitzung: Herr Goetz							

Verbandsvorsteher

Für die Richtigkeit:



Vorsitzender der Verbandsversammlung

Einreicher:



Finanzielle Auswirkungen?	
ja:	x
nein:	
Finanzbedarf einschließlich aller Nebenkosten:	1.630 T€
Wirtschaftsplan 2020	
Investitionsplan Schmutzwasser	485 T€
Verpflichtungsermächtigung im Wirtschaftsplan 2020 für 2021	1.200 T€

Problembeschreibung / Begründung:

Nach dem Ergebnis der Submission über die Maßnahme Projekt-Nr. 2200116 stehen dem WAZV für die Erteilung des Zuschlages insgesamt nicht ausreichend Mittel im Wirtschaftsplan 2020 bzw. in den Folgejahren zur Verfügung. Zudem ist die Maßnahme wirtschaftlich als Investition zu bewerten, sodass das Projekt neu zugeordnet werden muss.

Änderungen im Mittelzu/- Mittelabfluss aus Investitionstätigkeit für das Jahr 2020 entstehen nicht.

Für das Wirtschaftsjahr 2021 (Planwirtschaftsjahr + 1) ist im Wirtschaftsplan 2020 eine Verpflichtungsermächtigung einzustellen.

Die Verbandsversammlung hat gemäß § 6 Abs. 2 Nr. 5 VerbS über den Wirtschaftsplan zu entscheiden. Hierunter fallen auch gemäß § 14 Abs. 4 Nr. 3 EigV Nachträge zum Wirtschaftsplan wegen der Einstellung von Verpflichtungsermächtigungen.

Die Eigenbetriebsverordnung ist gemäß § 16 Abs. 1 VerbS für die Wirtschaftsführung des WAZV anzuwenden.

Nach den Vorschriften der Kommunalverfassung Brandenburg sind Verpflichtungsermächtigungen genehmigungsbedürftig, wenn in den Jahren, zu deren Lasten Verpflichtungsermächtigungen eingegangen werden, Kreditaufnahmen vorgesehen sind, § 12 Abs. 1 GkGBbg i. V. m. § 73 Abs. 4 S. 1 BbgKVerf.

Dies ist vorliegend der Fall, sodass nach Beschlussfassung die Kommunalaufsicht den Nachtrag zum Wirtschaftsplan 2020 prüfen wird. Erst nach Genehmigung kann der Zuschlag durch Beschluss des Verbandsausschusses an den Bestbietenden erteilt werden.

Anlagen:

Wirtschaftsplan 2020 mit Änderungen
Erläuterung mit Tabellen

Änderung /Ergänzung des Beschlussvorschlages: